

gelesen

Andreas Schwiegel

Friedrich Merz: Mut zur Zukunft. Wie Deutschland wieder an die Spitz kommt, Goldmann Verlag, München 2002, 318 Seiten, 12,00 Euro.

Friedbert Pflüger: Weckruf für Europa. Verfassung, Vereinigung, Verteidigung, Bouvier Verlag, Bonn 2002, 239 Seiten, 19,50 Euro.

Mit *Mut zur Zukunft. Wie Deutschland wieder an die Spitz kommt* legt Friedrich Merz einen ordnungspolitischen Gesamtentwurf für eine durchgreifende Reformpolitik in Deutschland unter christdemokratischen Vorzeichen vor. Das Buch entstand noch während seiner Zeit als Vorsitzender der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, hat deswegen aber seine grundlegende Bedeutung für die angelaufene Legislaturperiode keineswegs eingebüßt. Unverkennbar verfolgt der vor allem in finanzpolitischen Fragen beschlagene Autor das Ziel, der rotgrünen Politik des Punktualismus eine nachhaltige, ordnungspo-

litisch ausgerichtete Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik entgegenzu setzen – eine Erfolg versprechende Perspektive, von der sich auch Angela Merkel als seine Nachfolgerin an der Spitz der Unionsfraktion leiten lassen sollte.

Das Buch gewinnt seine richtungweisende Qualität vor allem dadurch, dass sich Merz von einem strategischen Gesamtansatz leiten lässt. Den Ausgangspunkt bilden grundsätzliche Überlegungen zum künftigen Standort der Christdemokraten in der politischen Tektonik der Berliner Republik (Kap. II–III). Merz definiert die CDU im Kern als eine Volkspartei aus christlicher Verantwortung mit moderner Wirtschaftspolitik und fester Bindung an die deutsche Nation (S. 69). Christlich-soziale, wirtschaftlich-liberale und national-konservative Elemente sieht er nach wie vor als bestimmende geistige Grundlage für den Anspruch der Union an, die Deutungshoheit über die Mitte ge-

genüber der SPD zu behaupten. Deren Strategie, die CDU als vermeintlich antimodernistische Partei zu marginalisieren, wertet Merz treffend als den Versuch einer kulturellen Hegemonie durch Verdrängung, indem die Begriffe Mitte und links identisch gesetzt werden. Die CDU müsse selbstbewusst auf einen vom christlichen Menschenbild inspirierten, wertegebundenen politischen Pragmatismus (S. 85) setzen, um die sozialdemokratische Linie unter Schröder als das zu entzaubern, was sie sei: populistischer Pragmatismus ohne inhaltliche Perspektive.

In den Kernkapiteln des Buches (Kap. IV–VI) wird eine moderne, ordnungspolitisch ausgerichtete Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik (S. 162) definiert und an zentralen politischen Themenfeldern festgemacht. Seinen ordnungspolitischen Ansatz – das heißt Politik konzeptionell in der Kategorie von Ordnungen zu entwerfen und zielgerichtet umzusetzen – stützt

Merz in erster Linie auf die Grundgedanken der sozialen Marktwirtschaft bei Alfred Müller-Armack. Die Idee einer Ordnung, die Marktmechanismen und Wettbewerb mit den der christlichen Soziallehre entnommenen Prinzipien der Subsidiarität, Solidarität und Gemeinwohlverpflichtung verbinde, sei auch im Zeichen der Globalisierung Leitbild für ein beständiges und unverwechselbares Profil der Union. Darin sieht Merz den strategischen Kompass für eine ordnungspolitische Einheit von Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Familienpolitik. Dabei bleibt der Autor, auch wenn die innenpolitische Perspektive überwiegt, nicht einem national verengten Horizont verhaftet, sondern geht auch ausführlich auf die europäische Relevanz ordnungspolitischen Denkens ein (Kap. VI).

Das Buch zeichnet ein hohes Maß an Konsistenz, Gedankenschärfe und sprachlicher Klarheit aus, wie man sie aus der Feder von Spitzopolitikern – zumal der jüngeren Generation der CDU – leider noch zu selten antrifft. So steht zu hoffen, dass Merz seine eher skizzenhaften Überlegungen zur Politischen Union Europas und zur Zukunft der internationalen Beziehungen im

Sinne einer außen- und sicherheitspolitischen Standortbestimmung Deutschlands zu einer ertragreichen Konzeption verdichtet. In diesem Bereich der Staatsräson dominiert mittlerweile ein aus innenpolitischen Machterhaltungsinteressen gespeister Pragmatismus, der im Gewande eines deutschen Weges die wirksame Vertretung von Staatsinteressen durch die Schröder-Regierung vortäuscht, tatsächlich aber das Land in die außen- und sicherheitspolitische Bedeutungslosigkeit manövriert. Nur mit einem strategischen Gerüst, das die vitalen Sicherheitsinteressen unseres Landes im europäischen wie transatlantischen Verbund zur Geltung bringt, kann die Union mittel- bis langfristig überzeugen und dem von der rotgrünen Bundesregierung eingeschlagenen Isolationenkurs ein Ende bereiten.

Das letztgenannte Desiderat greift der Sammelband *Weckruf für Europa. Verfassung, Vereinigung, Verteidigung* des CDU-Politikers und europapolitischen Experten Friedbert Pflüger auf. Mit dem Fortschreiten des Integrationsprozesses der Europäischen Union (EU) und Erfolgsprojekten wie dem Euro steht Europa zunehmend vor einem neuen Begründungzwang. Die

Legitimation der noch in Ansätzen steckenden Politischen Union muss sich einer paradoxen Entwicklung stellen: Einerseits ist im Zeichen der Globalisierung der Stellenwert nationaler Identität und des Nationalstaates als politischer Ordnungskraft unvermindert stark; andererseits stößt die nationalstaatliche Problemlösungs- und -steuerungskompetenz in Kernmaterien wie der inneren und äußeren Sicherheit immer schärfer an ihre Grenzen. Dieses Spannungsverhältnis auszutarieren, ohne in nationale Egoismen zu verfallen oder sich in eine europäische Ersatzidentität zu flüchten, ist der Dreh- und Angelpunkt christdemokratischer Europapolitik.

Auf diesem Hintergrund entwickelt Pflüger Lösungsansätze für den augenscheinlichen Legitimationszwang der EU. Das Buch präsentiert eine Sammlung von Reden und Aufsätzen des Autors und kann daher keine fertigen Antworten, bestenfalls Annäherungen liefern. Zu Recht stellt Pflüger in seiner Einführung auf die sicherheitspolitischen Konsequenzen des Terroranschlags vom 11. September ab, die die EU zwängen, auch politisch-militärisch die Rolle einer Ordnungsmacht anzunehmen. Dabei lässt er an der

globalen Führungsfunktion der Amerikaner keinen Zweifel aufkommen; diese müsse aber durch ein politisch-militärisches Engagement Europas flankiert werden, um tiefer gehende Friktionen im transatlantischen Verhältnis zu vermeiden. Den Rahmen der Ordnungsmacht Europa fokussiert Pflüger auf die Herausforderungen *Verfassung, Vereinigung und Verteidigung*.

Die Stringenz des Bandes leidet unter einer gewissen inhaltlichen Zerfasserung der in sieben Kapitel gegliederten Materie, sodass der rote Faden der Ausführungen manchmal im Dunkeln bleibt. Die Zuordnung der Beiträge wirkt teilweise willkürlich. Inhaltliche Überschneidungen und Wiederholungen sind keine Seltenheit, und das letzte Kapitel „Deutsche Daten und Debatten“ passt schlichtweg nicht in die inhaltliche Anlage. Einen gewissen Schwerpunkt legt Pflüger auf die militärische Integration der EU, zumal er in der Einführung die sicherheitspolitischen Herausforderungen zum Aufhänger wählt und den konstitutionellen Rahmen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik skizziert.

Bleibt man bei der sicherheitspolitischen

Schwerpunktthematik, so werden die inhaltlichen Stärken des Buches deutlich. Die komplexe Wechselwirkung von hausgemachten Problemen der Europäer, insbesondere ihren zu niedrigen Verteidigungsausgaben, dem mühseligen Aufbau einer autonomen Streitmacht, die gleichzeitig europäischer Pfeiler in der NATO sein soll, sowie der erdrückenden militärtechnologischen Überlegenheit der nordamerikanischen Führungsmacht, wird dem Leser eindringlich vor Augen geführt. Pflüger warnt vor einem Rückfall in eine nationale Interessenpolitik, die das sicherheitspolitische Gewicht der europäischen Staaten gegenüber den USA nachhaltig schwächen würde. Ange-sichts der dramatischen Technologieklafft Europa – USA und der damit verbundenen Bedeutungsminderung der NATO als militärischen Verteidigungsbündnisses kann ihm nur zugestimmt werden.

Gleichwohl droht bei Pflüger manchmal die Balance aus realpolitischer Nüchternheit und visionärem Denken aus dem Lot zu geraten. So hätte er für den Sicherheitsbereich schärfer herausarbeiten müssen, dass nationale und europäische Interessen keinen zwingenden

Widerspruch bilden müssen. Mit Wolfgang Schäuble könnte man sogar von einer Konvergenz ausgehen, insofern der Schutz der Nation vor neuartigen Bedrohungen nur noch auf höherer Ebene zu gewährleisten ist, der Nationalstaat einen Teil seiner bedrohten Handlungsfähigkeit auf europäischer Ebene wiedererlangen kann. Eine stärkere Vergemeinschaftung auf politisch-militärischem Gebiet, ein konstitutioneller Rahmen für eine europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität, wie ihn Pflüger mit überzeugenden Vorschlägen konkretisiert, liegt folglich im nationalen Sicherheitsinteresse. Freilich werden intergouvernementale Regelungen in diesem Bereich auf absehbare Zeit noch eine erhebliche Rolle spielen und neben aufzubauenden kommunalitären Strukturen für längere Zeit bestehen bleiben.

Trotz mancher kritischer Einwände liefert Friedbert Pflüger nachhaltige Impulse für die europapolitische Debatte und stößt in eine Marktlücke. Denn bedauerlicherweise sind ertragreiche Überlegungen zur Sicherheits- und Europapolitik aus der Feder deutscher Politiker noch immer recht selten anzutreffen.